



## **Niederschrift**

54. Plenarsitzung des Gemeinderates  
18. September 2018, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

34.

## **Punkt 33 der Tagesordnung: Konkretisierungsplan Eingliederungshilfe**

**Antrag: SPD**

**Vorlage: 2018/0519**

### **Beschluss:**

Verwiesen in den Sozialausschuss

### **Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 33 und zur Behandlung auf.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Die SPD-Fraktion ist mit der Antwort der Verwaltung an dieser Stelle nicht zufrieden. Wir sehen hier großen Handlungsbedarf. Dass das Initiieren wohl bemerkt noch nicht die Realisierung einer neuen Wohngruppe ist, kann und darf uns auch nicht zufriedenstellen, gleichwohl wir wissen, dass sich diese wichtige Aufgabe sicherlich als herausfordernd erweist. Auch das beispielsweise in der Verwaltungsantwort beschriebene Vorhaben der Reha-Südwest bringt effektiv nur wenige Plätze mehr in die Region, da es auch nur einen Ersatz darstellt. Die weiteren Details sollten wir ausführlich in den entsprechenden Ausschüssen diskutieren. Wir sehen nicht nur den Sozialausschuss gefordert, die jungen Menschen betreffend, würden wir es gerne auch in den Jugendhilfeausschuss verweisen, um dort dann mit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gemeinsam zu überlegen, wie wir hier im Sinne der Betroffenen besser und zügiger vorankommen. Sicherlich kann ein interkommunaler Vergleich der Umsetzung hilfreich sein. Diesen fordern wir an der Stelle auch ein. Wir hoffen, dass wir unserem gemeinsamen Wunsch entsprechend, auch im Handlungsfeld Wohnen, hier im Sinne der UN-Behindertenrechts-Konvention damit weiter vorankommen.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Einen Antrag hätte es hierzu nicht benötigt, mit einer Anfrage hätte man das kurz und schnell klären können. In der Sache klar, sind wir auch dafür, dass Wohnprojekte für Menschen mit Mehrfachbehinderungen, die es schwer haben, in

Karlsruhe verstärkt und initiiert werden. Aber man muss eines sagen, manchmal setzen die Tatsachen uns allen und auch der Verwaltung Grenzen, in ihrem sicherlich ernsthaften und konsequenten Bemühen, das was im Sozialausschuss, vor nicht ganz einem Jahr beschlossen wurde, auch umzusetzen. Es fehlt, wie an vielen Stellen auch, an adäquatem Wohnraum und Grundstücken, und da muss man zuwarten und dies der Verwaltung eben hier auch zugestehen, und wie gesagt, eine Anfrage hätte genügt.

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Wir GRÜNE unterstützen den Antrag der SPD, ein zügiger Ausbau von Wohnbau für Menschen mit schweren und Mehrfachbehinderungen ist angesichts des Bedarfs notwendig. In den letzten Jahren hat die Stadtverwaltung hier schon einiges getan und nun stoppt der Ausbau aufgrund des Fehlens von geeigneten Grundstücken, aber das ist keine natürlich gesetzte Grenze. Wir haben vor einigen Monaten hier einen Antrag zur Vergabe von Grundstücken nach Konzept eingebracht, darüber könnte man mal nachdenken, vielleicht gibt es auch andere Möglichkeiten. Das ist das eine, und das andere ist, dass uns der Satz nicht klar ist, die Suche nach geeigneten Grundstücken gestaltet sich schwierig. Uns ist nicht ganz klar, was denn geeignete Grundstücke für behinderte Menschen sind, da sind wir ins Grübeln und Diskutieren gekommen und darüber hätten wir gerne Aufklärung und Beratung im Sozialausschuss.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Wir wissen alle, wie der Wohnungsmarkt aussieht. Umso kritischer und schwieriger ist die Situation, für Mehrfachbehinderte Wohnraum zu schaffen. Wir freuen uns über das bisher Erreichte, es muss aber noch viel mehr getan werden. Ich könnte mir vorstellen, dass vielleicht die Volkswohnung in Kooperation mit Trägern der Freien Wohlfahrtspflege etwas erreichen kann. Wir können zwar nicht für alles die Volkswohnung verantwortlich machen, aber ich denke, da gibt es eine Chance. Wir haben gehört, dass es keine Bauplätze gibt. Die Volkswohnung könnte vielleicht in diesem Fall einspringen, und das wäre uns wichtiger als jeder normale Wohnraum.

**Der Vorsitzende:** Das waren alle Wortbeiträge, wir werden es im Sozialausschuss noch mal aufrufen.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
1. Oktober 2018